

An den Grossen Gemeinderat

## Winterthur

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Kostenreduktion Dienstfahrten, eingereicht von den Gemeinderätinnen A. Steiner (GLP) und Ch. Denzler (FDP) sowie den Gemeinderäten R. Diener (Grüne) und Oliver Seitz (SP)

---

### Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Kostenreduktion Dienstfahrten wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

### Bericht:

Am 13. September 2010 reichten die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Annetta Steiner namens der GLP/PP-Fraktion, Christine Denzler namens der FDP-Fraktion, Reto Diener namens der Grüne/AL-Fraktion und Oliver Seitz namens der SP-Fraktion mit 41 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgendes Postulat ein, welches vom Grossen Gemeinderat am 29. August 2011 überwiesen wurde:

*"Der Stadtrat wird eingeladen, Massnahmen zu prüfen, wie die Kosten für Dienstfahrten um 5 bis 15% gesenkt werden können. Unter anderem ist auch eine umfassende Zusammenarbeit mit Mobility zu prüfen. Bei der Planung soll eine allfällige Zusammenlegung der Verwaltung bereits berücksichtigt werden, was voraussichtlich zusätzliche Einsparungen ermöglicht.*

### Begründung:

*Die Stadt Winterthur wendet jährlich rund CHF 5 Millionen für Dienstfahrten auf und sie ist im Besitze von über 300 Dienstfahrzeugen. Durch eine Optimierung der Dienstflotte ist voraussichtlich ein erhebliches finanzielles Einsparpotenzial zu erwarten.*

*Am Beispiel der ETH/EPFL Lausanne zeigt sich: Die ursprüngliche Fahrzeugflotte umfasste 50 Fahrzeuge, welche von der ETH/EPFL gewartet wurden. Heute umfasst die Flotte noch 20 Fahrzeuge und zusätzlich 10 Mobility-Fahrzeuge. Damit konnten folgende Einsparungen erzielt werden: 250'000 weniger gefahrene Kilometer, 25'000 l Verminderung des Treibstoffverbrauchs, Einsparungen von CHF 332'500.- durch weniger Unterhalt, entfallendes Jahressalär, Amortisation von 30 Fahrzeugen sowie Fixkosten wie Versicherung und Steuern.*

*Obwohl sich der Betrieb der EPFL nicht mit demjenigen der Stadtverwaltung Winterthur vergleichen lässt, lassen die Zahlen vermuten, dass mit einem gezielten Flottenmanagement auch in einer Verwaltung, mindestens in einzelnen Departementen, massive Kostenreduktionen erreichbar sind. Es arbeiten bereits zahlreiche Verwaltungen (Luzern, Kanton Aargau, Basel, Zürich etc.) mit guten Erfahrungen mit dem System des car-sharings und der kombinierten Mobilität (Mobility kombiniert mit Bahn und Bus).*

*Wir regen deshalb an, die Dienstfahrten von Winterthur in allen Departementen zu analysieren und wo möglich zu optimieren. Insbesondere auch im Hinblick auf eine allfällige Zusammenlegung der Verwaltung müssen die Massnahmen schon jetzt im Sinne einer modernen Mobilitätsplanung (u.a. car-sharing, Veloverleih) der Stadt festgelegt werden.*

*Im Hinblick auf die angestrebte 2000W- bzw. 1t-CO2- Gesellschaft sind diese Optimierungen essenziell."*

## **Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:**

Dem Stadtrat ist eine möglichst umweltverträgliche und kostensparende Bewältigung der betrieblich verursachten Mobilität der Stadtverwaltung ein zentrales Anliegen. Er hat sich deshalb die Einführung eines fortschrittlichen Mobilitätsmanagements für die Stadtverwaltung zum Ziel gesetzt und dieses Vorhaben auch in den aktuellen Legislatorschwerpunkten 2010 – 2014 verankert. Insofern rennt das vorliegende Postulat, welches mit den Dienstfahrten einen Teilaspekt der betrieblich bedingten Mobilität zur Sprache bringt, zum gegebenen Zeitpunkt offene Türen ein. Die Grundlagen für ein städtisches Mobilitätsmanagement, das nebst Massnahmen im Bereich des motorisierten Pendlerverkehrs auch solche beinhaltet, welche die städtischen Dienstfahrten und das Flottenmanagement zum Gegenstand haben, wurden bereits in den vergangenen zwei Jahren verwaltungsintern erarbeitet. Die wichtigsten Ziele eines solch umfassenden Mobilitätsmanagements für die Stadtverwaltung sind:

- Reduktion der Mobilitätskosten der Stadtverwaltung Winterthur;
- Beitrag an den Klimaschutz und an die Reduktion der Luftschadstoffbelastung;
- Präsentation der Stadt Winterthur als zeitgemässe Arbeitgeberin und
- Wahrnehmung einer Vorbildfunktion für private Unternehmen.

Die Arbeiten an den konzeptionellen Grundlagen für ein städtisches Mobilitätsmanagement, das sich an diesen Zielen orientiert, wurden bereits Ende Juli 2011 abgeschlossen. Gestützt auf die durchgängig positiven Rückmeldungen aus einer anschliessenden Vernehmlassung unter Einbezug der Personalverbände liess der Stadtrat in der Folge eine Parlamentsweisung erarbeiten, mit welcher dem Grosse Gemeinderat beantragt wird, in Form einer Ergänzung des städtischen Personalstatuts die gesetzliche Grundlage für ein städtisches Mobilitätsmanagement zu schaffen. Die betreffende Weisung ist vom Stadtrat am 20. Juni 2012 verabschiedet worden und liegt dem Parlament inzwischen vor. Zum Gesamtkonzept des Mobilitätsmanagements ist darum auf die dortigen Ausführungen des Stadtrats zu verweisen; die nachstehenden Darlegungen betreffen in erster Linie die städtischen Dienstfahrten, welche Gegenstand des vorliegenden Postulats sind.

Das genannte Konzept für ein städtisches Mobilitätsmanagement geht – auch mit Bezug auf die Dienstfahrten bzw. die städtische Fahrzeugflotte – übereinstimmend mit dem im Postulat angeregten Vorgehen von einer umfassenden Ist- und Potenzial-Analyse aus. Auf deren Grundlage werden verschiedene Anreiz- bzw. Lenkungsmassnahmen thematisiert, die mitunter auch die besonderen Rahmenbedingungen der bevorstehenden Zentralisierung zahlreicher Verwaltungsabteilungen im Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte berücksichtigen.

## **1. Ist- und Potential-Analyse**

### *1.1. Analyse Dienstfahrten heute*

Im Rahmen der Grundlagenerarbeitung für das städtische Mobilitätsmanagement ist im Jahr 2009 in allen Departementen eine Umfrage durchgeführt worden, um detaillierte Kenntnisse über die Anzahl und Art der geschäftlichen Reisen zu erhalten. Die Umfrage ergab, dass rund 1/3 der Mitarbeitenden mindestens einmal pro Woche dienstlich unterwegs ist, etwa 1/4 sogar an mindestens vier Tagen wöchentlich. 2/3 der Mitarbeitenden machen selten bzw. nie Dienstfahrten. Insgesamt ist in der Stadtverwaltung Winterthur von einer beträchtlichen Zahl von ca. 23 000 Dienstfahrten pro Monat auszugehen. Dabei werden die meisten Wege (91%) innerhalb der Stadt Winterthur zurückgelegt. 7% der Dienstfahrten haben ihr Ziel im ZVV-Gebiet, während nur etwa 2% weiter reichende Wegstrecken betreffen.

Je nach Ziel und Zweck ergeben sich grosse Unterschiede in der Verkehrsmittelwahl für die Dienstfahrten. So werden für den Materialtransport fast ausschliesslich Motorfahrzeuge be-

nutzt. Geht es um die Teilnahme an auswärtigen Sitzungen, ist der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) im Stadtgebiet Winterthur mit einem Anteil von 57% erstaunlicherweise deutlich höher als innerhalb des ZVV-Gebietes (43%). Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖV) werden in Winterthur lediglich 12% der Fahrten absolviert, im ZVV-Gebiet sind es hingegen 57%. Dafür spielt innerhalb von Winterthur der Veloverkehr mit einem Anteil von 31% für die Geschäftsfahrten eine bedeutende Rolle.

## 1.2. Abschätzung Einsparpotentiale

Aufgrund der Analysedaten wurden im Rahmen des Mobilitätsmanagements für die Dienst- und Pendlerfahrten folgende Bereiche mit Einsparpotenzialen erkannt:

- *Fahrten-Reduktion* z.B. dank Zusammenzug verschiedener Verwaltungszweige im Superblock (Projekt Fokus);
- *Fahrten-Umlagerung* auf nachhaltige Verkehrsmittel, d.h. vom MIV auf den ÖV und Langsamverkehr;
- *Fahrten-Abwicklung* auf möglichst umweltschonende Weise, z.B. mit nachhaltigem Flottenmanagement.

Die Möglichkeiten zur Einflussnahme im Wirkungsbereich der Fahrten-Reduktion sind mit Bezug auf die Dienstfahrten – ebenso wie beim Pendlerverkehr – in der Regel beschränkt. Grundsätzlich stehen sie darum nicht im Zentrum der Optimierungsbestrebungen des Mobilitätsmanagements. Mit Blick auf die besonderen Rahmenbedingungen, welche die Umsetzung des Zentralisierungsprojekts Fokus in dieser Beziehung bietet, sind die Möglichkeiten der Dienstfahrten-Reduktion innerhalb der Winterthurer Stadtverwaltung allerdings nicht zu unterschätzen: Durch den Zusammenzug von rund 800 städtischen Mitarbeitenden im Gebäudekomplex Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte ist in dieser Hinsicht vielmehr von einem erheblichen Einsparpotenzial auszugehen, das im Verlauf der Grundlagenarbeit für das städtische Mobilitätsmanagement allerdings noch nicht quantifiziert werden konnte. Aktuell werden im Rahmen der Umsetzung des Projekts Fokus mit Bezug auf die Dienstfahrten bzw. die städtische Fahrzeugflotte nunmehr verschiedene Synergieeffekte untersucht, die sich aus der Zentralisierung ergeben. Die eigentlichen Kernelemente des städtischen Mobilitätsmanagements betreffen aber die Wirkungsbereiche der Fahrten-Umlagerung und Fahrten-Abwicklung.

Im Rahmen der Konzeptarbeiten für das Mobilitätsmanagement wurde für die Dienstfahrten der Stadtverwaltung ein aktuelles jährliches Kostentotal von rund 3,1 Millionen Franken ermittelt. Diese Summe setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

|                                          | Fr.       |
|------------------------------------------|-----------|
| A Mobility (Stand 2008)                  | 4'000     |
| B Dienstfahrten ÖV in Winterthur         | 110'000   |
| Dienstfahrten ÖV im ZVV-Gebiet           | 125'000   |
| Halbtax-Abonnemente (94)                 | 14'000    |
| C Dienstfahrten ÖV CH                    | 225'000   |
| General-Abonnemente, unpersönlich (2)    | 13'000    |
| D Spesen für private Autobenutzung       | 165'000   |
| Dienstfahrten mit städtischen Fahrzeugen | 2'450'000 |

Tabelle1: Ausgaben bei Dienstfahrten je Fahrzeugkategorie heute (Quelle: Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung, Detailkonzept, 24.6.2011, Datenbasis: Departementsumfrage 2009)

Aus dieser Darstellung wird deutlich, dass sich durch Massnahmen im Bereich der Dienstfahrten mit städtischen Motorfahrzeugen unter finanziellen und ökologischen Gesichtspunkten die grösste Wirkung erzielen lässt. Für solche Fahrten werden in der Stadtverwaltung

aktuell rund 300 Personenwagen eingesetzt (ohne betriebsnotwendige Nutzfahrzeuge für Strassenbau und -unterhalt, Stadtgärtnerei, Einsatzfahrzeuge etc.).

Berechnungen im Zusammenhang mit der Konzepterarbeitung für ein städtisches Mobilitätsmanagement haben gezeigt, dass bei den Dienstfahrten mit privaten oder städtischen Motorfahrzeugen (Kat. D gemäss obiger Darstellung) Kostenreduktionen in der Grössenordnung von 5 – 10% realistisch sind. Bei den finanziellen Beiträgen an GA-Abonnements und schweizweite ÖV-Reisen sind im Rahmen des Mobilitätsmanagements keine Abstriche geplant (Kat. C). Bisherige Beiträge an ÖV-Abonnements im Verbundgebiet sollen durch den attraktiveren ZVV-/Z-Bonus-Pass für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter substituiert bzw. ausgebaut werden (Kategorie B). Der daraus resultierende Zusatzaufwand kann nicht allein durch die Umlagerung der bisherigen Kostenbeiträge ausgeglichen werden; seine Finanzierung ist Bestandteil des städtischen Mobilitätsmanagements, welches nach den Vorstellungen des Stadtrates im Sinn der vorliegenden Parlamentsweisung als Gesamtprojekt umgesetzt werden soll.

## **2 . Massnahmen und nächste Schritte**

Um die vorstehend grob umrissenen Einsparpotenziale im Bereich der Dienstfahrten ausschöpfen zu können, sind attraktive Mobilitätsalternativen erforderlich. Wie eingangs erwähnt, baut das geplante städtische Mobilitätsmanagement auf dem Ansatz positiver Anreiz- bzw. Lenkungsmassnahmen für den Pendlerverkehr und die Dienstfahrten auf. Die geplante Massnahmenpalette umfasst dabei folgende Vorkehrungen und Aktivitäten, zu welchen die erwähnte, einschlägige Weisung an den Grossen Gemeinderat weiter reichende Detailausführungen enthält:

- Die eigentlichen Kernmassnahmen umfassen die Abgabe eines vergünstigten ZVV-/Z-Bonus-Passes oder alternativ eines Mobilitätsbonus, wobei sich Betragsleistung und -höhe nach gewissen Kriterien (z.B. Anstellungsgrad) richten. Die Möglichkeit zur Benutzung des ZVV-/Z-Bonus-Passes führt zu einer Reduktion der Fahrspesen.
- Ergänzend sollen zusätzliche Mobilitätsangebote eine Alternative zur Benutzung des Autos bieten. Dazu zählt die Anschaffung einer grösseren Anzahl Dienstvelos (mehrheitlich eBikes). In einer ersten Etappe werden in diesem Sommer bereits rund 70 zusätzliche Dienstvelos (wovon 40 Elektrovelos) in Betrieb genommen. Falls sich der Einsatz der Velos bewährt, wird eine weitere Bestandeserhöhung in Betracht gezogen. Als zusätzliche Mobilitätsalternative ist zudem eine Erweiterung der Mobility-Flotte mit speziellen Blockreservationen geplant. Zurzeit werden mit Mobility Verhandlungen über eine mögliche Ausweitung der Standorte und massgeschneiderte Angebote für die Stadtverwaltung geführt.
- Zur Unterstützung dient sodann eine Palette von Massnahmen, welche sowohl lenkend als auch mitfinanzierend wirken. Dazu gehören u.a. eine Erhöhung der Parkplatzkosten für städtische Pendlerinnen und Pendler auf ein marktübliches Niveau und eine restriktive Nutzungsregelung der Mitarbeiter-Parkplätze. Hinzu kommen kostensparende Massnahmen beim Flottenmanagement; im Vordergrund steht eine verbesserte Bewirtschaftung des Fahrzeugparks beispielsweise durch ein Fahrzeug-Pooling im Superblock.

Sobald der Grosse Gemeinderat die erforderliche gesetzliche Grundlage geschaffen hat, soll das geplante Mobilitätsmanagement in den einschlägigen personalrechtlichen Ausführungserlassen umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Vorbereitungsarbeiten erforderlich. Aus Sicht des Stadtrats wäre es wünschenswert, wenn das Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung im Verlauf des nächsten Jahres eingeführt werden könnte. Er ist davon überzeugt, dass mit einem zeitgemässen städtischen Mobilitätsmanagement, welches im dargelegten Sinn auch den Bereich der Dienstfahrten in finanzieller und ökologischer Hinsicht optimiert, eine grosse Vorbild- und Signalwirkung zugunsten einer nachhaltigen Stadtentwicklung erzeugt werden kann.

*Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übertragen.*

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder